

## Der Gottesstaat an der Ostküste: Blockaden des Islamismus in Malaysia

JAN STARK

### Einleitung

Malaysia experimentiert seit dem Amtsantritt der Regierung Mahathir im Jahr 1981 mit verschiedenen Formen des politischen Islam. Es hat dabei ähnlich wie andere Staaten der islamischen Welt mehrere Phasen der Islamisierung durchlaufen, in denen Begriffe wie die „islamische Wiedererweckung“ (*kebangkitan Islam*), der „islamische Staat“ (*negara Islam*), eine werteorientierte islamische Zivilgesellschaft (*masyarakat madani*) oder neuerdings der „zivilisatorische Islam“ (*Islam hadari*) des neuen Premierministers Abdullah Badawi den politischen Wettbewerb zwischen der regierenden Nationalen Front und der islamischen Opposition unter Führung der *Parti Islam SeMalaysia* (PAS) bestimmt haben.

In Gilles Kepels Definition markiert der „Post-Islamismus“ den Endpunkt einer politischen Bewegung, die nach der iranischen Revolution 1979 zur Übernahme nationalistischer Regimes sowohl im Nahen Osten als auch in Südostasien angetreten war. Nach seiner Auffassung kennzeichnet die postislamistische Periode der 1990er Jahre eine Hinwendung zu einer demokratischeren Ausrichtung sowohl des Islamismus selbst, als auch der Bereitschaft des Staates, solchen oft sehr regimekritischen Diskursen mehr Raum zu gewähren.<sup>1</sup>

Das Beispiel Malaysia zeigt jedoch auch, dass der Wettbewerb um den „wahren Islam“ zwischen Regierung und Opposition inzwischen eine Spirale islampolitischer Aktivitäten in Gang gesetzt hat, die beiden Seiten oft nur noch die Berufung auf den „islamischen Staat“ als Ausweg lässt, selbst wenn dieser etwa verfassungsrechtlich gesehen auf mittel- und langfristige Sicht hin gar nicht durchsetzbar ist. Es sind daher oft die Selbstblockaden eines sich auf die *shariah* und eines moralisierenden Kodex berufenden politischen

<sup>1</sup> Kepel, Gilles, *Expansion et Declin de l'islamisme*, Paris: Editions Gallimard, 2000.

Islam, die auch im Zeichen marginaler demokratischer Zugeständnisse die Debatte bestimmen.

Dieses Dilemma einer zwischen politischer Kooperation, Regimekritik und islamischer Vision gefangenen Bewegung wird besonders deutlich am Beispiel der Islamischen Partei Malaysias (PAS), die seit 1990 den malaysischen Ostküstenstaat Kelantan regiert und dort einen „islamischen Staat“ zu errichten versucht. Nach dem Verlust des von ihr seit 1999 regierten Nachbarstaates Terengganu in den Parlamentswahlen im März 2004 zeigt sich einmal mehr, dass ihr Streben nach gesellschaftlichen Alternativen im Vielvölkerstaat Malaysia schnell an seine verfassungsrechtlichen, machtpolitischen und ethnisch bestimmten Grenzen stößt. Dieser Aufsatz beschäftigt sich daher in erster Linie mit den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen, denen sich die PAS in der Umsetzung ihrer islamischen Staatsidee auf landespolitischer Ebene ausgesetzt sieht, die gleichzeitig Indikatoren für ihre Chancen auf Bundesebene sind.

Nachdem schon Mahathir im Herbst 2001 Malaysia als islamischen Staat ausgerufen hatte, macht Badawi als erster malaysischer Premier mit einem Hochschulabschluss in islamischer Theologie es zunehmend schwierig für die PAS, sich islamisch zu positionieren.

### Die wahltaktische Instrumentalisierung des „islamischen Staates“

Der überzeugende Sieg der regierenden Nationalen Front<sup>2</sup> bei den Parlamentswahlen 1995 machte auch für die PAS deutlich, dass Mahathirs moderater islamischer Ansatz in einer modernisierenden, offenen und weitgehend säkularen Gesellschaft weitreichende Zustimmung in der Bevölkerung fand. Bis dahin hatte sich die PAS trotz ihrer geradezu verzweifelten Versuche, „islamischer“ als die UMNO zu erscheinen, weitgehend mit einer marginalen politischen Position zufriedengeben müssen. Die Herkunft der PAS-*ulama*, die religiösen Schulen (*madrasah*) und die durch enge familiäre Bande geprägten Netzwerke der malaysischen Ostküste hatten diese Außenseiterrolle noch verstärkt und zur Fixierung auf die „islamische Tradition“ beigetragen. So war etwa die von der PAS mitbegründete Oppositionskoalition *Angkatan Perpaduan Ummah* (APU) hauptsächlich an dem starrem Festhalten der PAS an einem „islamischen Staat“ gescheitert, obwohl schon

<sup>2</sup> Die regierende Nationale Front (Barisan Nasional) repräsentiert die verschiedenen Volksgruppen Malaysias und besteht aus der sie führenden United Malays' National Organization (UMNO), der Malaysian Chinese Association (MCA), dem Malaysian Indian Congress (MIC) und verschiedenen kleineren Parteien.

damals klar war, dass dieser für die meisten Nicht-Muslime inakzeptabel sein würde.<sup>3</sup>

Während der Islam als ein wesentlicher Faktor kultureller Identifikation einer neuen malaiischen Mittelklasse zu ihrer eigenen städtischen Identität verholfen hatte, vertiefte sich doch gleichzeitig in den 1990er Jahren die Kluft zwischen reichen „UMNO-Malaien“ (*Umnoputras*) und der weniger privilegierten malaiischen Landbevölkerung. Daher war es nicht so sehr der Islam in seiner religiös-kulturellen Dimension, der bereits erfolgreich von der UMNO wahltaktisch instrumentalisiert worden war, sondern vielmehr dessen sozial-philosophische Aspekte, die der PAS neue Möglichkeiten eröffneten, islamische Diskurse im weitesten Sinne mit „islamischer Demokratie“ und deren Hauptthemen wie „sauberer Regierung“, „moralischen Werten“ und einer Ablehnung des „Kroni-Kapitalismus“ der Regierung in Beziehung zu setzen.

Der von Ghadbian beschriebene allgemeine Paradigmenwechsel des politischen Islamismus in den 90er Jahren und dessen vorsichtige Öffnung hin zu mehr Demokratie hat auch die PAS dazu veranlasst, ihre Position in der malaysischen Politik zu überdenken.<sup>4</sup> Der ausschlaggebende Anstoß kam jedoch von der innenpolitischen Entwicklung. In Anlehnung an ihre in den 1980er Jahren vorgebrachte Kritik an der allgegenwärtigen Korruption, sozialen Ungerechtigkeit und politischen Unterdrückung begann sich die PAS schrittweise von ihrem einseitigen Beharren auf Einführung der *shariah* abzuwenden und besann sich stattdessen auf islamische Mäßigung, saubere Regierung und Transparenz im Kontrast zu dem in ihren Augen despotischen Regime der Regierung Mahathir.<sup>5</sup> Das Konzept einer gerechten und demokratischen islamischen Gesellschaft ohne die „Geldpolitik“ der UMNO verschaffte der neuen PAS-Führung einen enormen Schub an Zustimmung und Popularität, der sich in den Wahlergebnissen im November 1999 ausdrückte.

Zum selben Zeitpunkt hatten die Entlassung des früheren Stellvertretenden Premiers Anwar Ibrahim und sein fragwürdiges Gerichtsverfahren der

---

<sup>3</sup> Die „Bewegung der Einheit der Ummah“ (Angkatan Perpaduan Ummah, APU) war 1989 als eine Koalitionsbewegung der Opposition gegründet worden und bestand aus PAS, Semangat 46 (einer Abspaltung UMNOs unter Tengku Razaleigh Hamza) und anderen kleineren Parteien. Die Koalition scheiterte letztlich an PAS' Beharren auf einem islamischen Staat und wurde 1995 aufgelöst. In chinesisch dominierten Gebieten formte Semangat 46 zusammen mit der chinesischen Democratic Action Party (DAP) das Bündnis Gagasan Rakyat.

<sup>4</sup> Najib Ghadbian, *Democratization and the Islamist Challenge in the Arab World*, Boulder: Westview Press, 1997.

<sup>5</sup> PAS kritisierte Mahathir als den „Pharao“ der malaysischen Politik: Haji Fadzil Md. Noor, *Belanjawan Tanpa Arah yang Belum Siap*, Kuala Lumpur: PAS, 2001, S. 17.

PAS endlich das politische Argument in die Hand gegeben, das sie benötigte, um ihr Anliegen einer demokratischeren Gesellschaft zum Bestandteil einer Massenbewegung zu machen, einer Bewegung, die der immer lauter werdenden Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und gegen politische Reglementierung und Vetternwirtschaft Ausdruck verlieh. Insoweit hatte die UMNO der PAS die nötigen Argumente geliefert, um sich als eine politische Alternative zu präsentieren, die nun dieselben islamischen Prinzipien reklamierte, die die UMNO bisher für ihre auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtete, islamisch moralisierende Politik beansprucht hatte.

Das neue islamische Konzept der PAS, wie das der UMNO, porträtierte den Islam als eine modernisierende gesellschaftliche Bewegung, die so positive Tugenden wie Arbeitsethik, Fleiß und Mitgefühl vermitteln sollte, ganz ähnlich wie es sich Mahathirs Vision 2020 zum Ziel gesetzt hatte. Tatsächlich war die Antwort der PAS auf die Vision 2020 ihre eigene so genannte Jenseitsvision (*Wawasan Akhirat*), die sich auf die Humanität einer sowohl von der PAS als auch von Mahathir propagierten „mitfühlenden Gesellschaft“ (*Masyarakat Penyayang*) berief.<sup>6</sup> Beide Parteien sahen sich daher auch dem selben Dilemma gegenüber: Während die UMNO ihren moderaten Ansatz dem Islam gegenüber aufrechterhalten musste, um durch den Rückgriff auf „asiatische Tugenden“ und einen universalen Moralismus ihre nicht-muslimischen Koalitionspartner innerhalb der Nationalen Front zu befriedigen, erkannte die PAS, dass nur derselbe multi-ethnische Ansatz es ihr erlauben würde, in absehbarer Zeit die Regierung zu übernehmen (daher die Abwendung vom radikaleren Konzept eines exklusiven „Islamischen Staates“ hin zu einer pluralistischen „islamischen Gesellschaft“).<sup>7</sup>

Diese demokratische Umorientierung ihres Verständnisses des Islam seit 1995 war daher auf die multi-ethnische Gesellschaft Malaysias zugeschnitten und setzte sich in erster Linie das Ziel, Chinesen dazu zu bringen, für die *Barisan Alternatif*-Koalition zu stimmen, die unter Führung der PAS 1999 etabliert worden war. Die von der PAS offen artikulierte Absicht, allen Bürgern gleiche Rechte einzuräumen, Transparenz in der Regierung zu fördern und Korruption als Resultat von Gruppeninteressen zu bekämpfen, war ein Versuch, die Sozialpartnerschaft zwischen einer zukünftigen von der PAS geführten Regierung und den zwei Hauptadressaten ihrer Politik herzustellen: zum einen den niederen Einkommensgruppen der Malaien, die

<sup>6</sup> Mahathir Mohamad, *The Way Forward*, Arbeitspapier vorgetragen anlässlich der Eröffnung des Malaysian Business Council, 28. Februar 1991; PAS' Konzept: Manifesto Pilihanraya 1990 „Masyarakat Penyayang“, Kuala Lumpur: PAS, 1990.

<sup>7</sup> Hj. Fadzil Md. Noor, *Ucapan Dasar Muktamar ke-46, PAS Memimpin Perpaduan*, Kuala Terengganu: PAS, 2000, S. 22.

gegenüber den mit besten Beziehungen ausgestatteten *Bumiputra*-Unternehmern chancenlos blieben, und zum anderen den Nicht-Muslimen, die sich wirtschaftlich immer mehr von derselben Gruppe privilegierter *Bumiputras* unter Druck gesetzt sahen.

Während sich die UMNO auf die modernisierenden Aspekte des Islam konzentrierte, war ihr die PAS zeitweise um einen Schritt voraus, indem sie das Argument „islamischer Demokratie“ dazu benutzte, die Regierung des Missmanagements, der Korruption und politischen Unterdrückung zu beschuldigen.<sup>8</sup> Da diese Anschuldigungen einen gewissen Wahrheitsgehalt besaßen und diese Auffassung von einer großen Anzahl von Malaien in den Parlamentswahlen von 1999 geteilt wurde, konnte die UMNO sie nicht einfach ignorieren und zum politischen Alltag übergehen. In dieser Beziehung hatte die PAS tatsächlich kurzfristig einen Vorsprung gewonnen, der ihr erlaubte, die Inhalte der politischen Debatte zu bestimmen.

Nach dem Zerbrechen der *Barisan Alternatif*-Koalition im September 2001 aufgrund eines von Seiten der PAS kompromisslosen Bestehens auf der Errichtung eines islamischen Staates könnte man argumentieren, dass die PAS zwar politisch gescheitert ist, aber ihr sich bei etwa 15 Prozent stabilisierender Stimmenanteil auf Bundesebene das weiterhin vorhandene Potential der politisch Unzufriedenen und wirtschaftlich Zukurzgekommenen verdeutlicht. Die Verluste der Partei bei den Parlamentswahlen im März 2004, bei denen die PAS den seit 1999 von ihr regierten Bundesstaat Terengganu an die Regierungskoalition verlor, machen aber auch deutlich, wie gering die Chancen einer wirklichen politischen Reform für die Islamisten sind: die eher kosmetische Islampolitik der PAS, die sich weitgehend auf die Durchsetzung des Alkoholverbots für Muslime und andere ordnungspolitische Maßnahmen beschränkte, stellt derzeit keine mehrheitsfähige Perspektive dar.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Hj. Fadzil Md. Noor, op. cit., 2000, S. 29–34.

<sup>9</sup> Die Zahl von PAS' Mandaten im Bundesparlament sank von 26 auf 7, in den Länderparlamenten von 97 auf 36. Diese auf den ersten Blick desaströse Niederlage wird jedoch relativiert, wenn man die Auswirkung des in Malaysia angewandten Mehrheitswahlrechts, den für PAS ungünstigen Neuzuschnitt der Wahlkreise, sowie die hohe Wahlbeteiligung berücksichtigt, die der regierenden Nationalen Front zugute kam. In Prozentzahlen ausgedrückt steigerte PAS ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 sogar von 15 auf 15,8%, konnte damit jedoch nur 3,2% der Mandate im Bundesparlament gewinnen. Siehe: Peter Schier, Ein bitter süßer Wahlsieg für Premierminister Badawi, Kuala Lumpur: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004.

## Islamische Regierung in Kelantan: die Grenzen politischer Reform

Unmittelbar nach den Parlamentswahlen im Oktober 1990 hatte die PAS die Oppositionsfront *Angkatan Perpaduan Ummah* (Bewegung der Einheit der Ummah, APU) gegründet.<sup>10</sup> Sowohl die APU als auch die *Gagasan Rakyat* waren die ersten Versuche der Oppositionsparteien, eine gemeinsame Wahlplattform aufzustellen. Trotz des universalen Anspruchs des Islam, den die PAS seit den 1980er Jahren immer wieder unterstrichen hatte, besaß das Konzept des islamischen Staates jedoch nicht die Anziehungskraft wie etwa die Schlagwörter „Modernisierung“ und „Entwicklung“, mit denen die Nationale Front über ethnische Grenzen hinweg die Wähler mobilisierte. Daher gelang es der Opposition auch nicht, das Regierungskonzept eines rapiden Wirtschaftswachstums in Frage zu stellen, im Gegenteil. Das Beharren der PAS auf einem islamischen Staat entfremdete zunehmend nicht-muslimische, vor allem chinesische Wähler. Meinungsverschiedenheit in der Frage des islamischen Staates waren daher Ende 1996 auch der Hauptgrund für das Scheitern von *Gagasan Rakyat*.

Mit der Hilfe des UMNO-Ablegers *Semangat 46* gelang es der PAS im Oktober 1990, die Nationale Front in Kelantan abzulösen. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass die Partei sich in ihrem Ziel, Kelantan in einen von der *shariah* dominierten islamischen Staat umzuwandeln, zahlreichen Hindernissen gegenüber sah. Auf die Dauer konnte es die PAS sich nicht leisten, eine Politik zu betreiben, die von der Mehrheit der Nicht-Muslime und selbst den meisten malaiischen Angehörigen der städtischen Mittelschicht abgelehnt wurde. Die Kontroverse um die Einführung der *hudud*-Strafen im Jahr 1993 offenbarte eine weitere Schwäche im politischem Konzept der PAS. Sie konnte sich weder gegen die Bundesverfassung und die Regierung in Kuala Lumpur stellen, noch konnte sie es sich erlauben, von finanziellen Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt abgeschnitten zu werden, wenn sie sich offen gegen das malaysische politische System stellte.

Politisch gesehen sah sich die PAS bald in derselben Zwickmühle wie die Regierung, wenn es um die Implementierung einer konservativen islamischen Politik ging: Im Rahmen der Verfassung und des multi-ethnischen Charakters Malaysias war die PAS an dieselben Spielregeln gebunden wie Mahathir, den sie so oft beschuldigt hatte, eine rein symbolische Islamisierung des Staates ohne eine wirkliche Veränderung des Systems zu betreiben.

Das Ausmaß der Islamisierung in Kelantan und der Erfolg der Islampolitik der PAS sind deswegen von Bedeutung, weil sie als Beispiel für den Is-

---

<sup>10</sup> Siehe Fußnote Nr. 2

lam als eine Alternative zu westlichen Regierungsmodellen dienen können. Unmittelbar nachdem die PAS in Kelantan die Regierung übernommen hatte, stellte sie das Programm „Membangun bersama Islam“ (Gemeinsam den Islam aufbauen) vor, das als ein Versuch diente, die Rolle des Islam sowohl in der Politik, als auch in der Wirtschaft zu stärken.<sup>11</sup>

Basierend auf den drei Prinzipien *itqaan* (Fähigkeit), *ubudiyah* (Unterordnung) und *mas'uliyah* (Verantwortung) konzentrierte sich dieses Programm auf die Einführung der *shariah* als eine sozio-ökonomische Alternative zum kapitalistischen System wobei die Rolle des Menschen in einer gerechteren und spirituellen Gesellschaft im Vordergrund steht. Im Versuch, eine Alternative zu den destruktiven Kräften des Kapitalismus und zur westlichen Demokratie zu finden, wendet sich die PAS den politischen Vorstellungen in ideologischer Nähe zu Mahathirs Vision 2020 zu. Während die PAS von der Notwendigkeit spricht, den individualistischen und hedonistischen Ansatz des Kapitalismus durch die Spiritualität des Islam zu ersetzen, hat Mahathir die so genannten Asiatischen Werte dazu benutzt, den negativen sozialen Randerscheinungen rapiden Wirtschaftswachstums entgegenzutreten.<sup>12</sup>

Trotz der konzeptionellen Ähnlichkeiten der Programme von UMNO und PAS gibt es doch Unterschiede in der Implementierung. Die Einführung einer neuen, strikteren islamischen Administration am Ende von 1990 verschaffte der PAS die notwendige Popularität, um die konservative malaiische Landbevölkerung zur Unterstützung eines Programms zu veranlassen, das sich hauptsächlich darauf beschränkte, die Unterschiede zwischen der Verschwendungssucht der malaiischen Privatwirtschaft und ihren politischen Unterstützern in der UMNO, sowie – im Gegensatz dazu – der bescheidenen Einfachheit des Lebensstils von Nik Aziz Nik Mat, dem *Menteri Besar* (Ministerpräsident) von Kelantan herauszustreichen.

Als erster Schritt wurden finanzielle Einschnitte in den Budgets der Angehörigen der Landesregierung vorgenommen, die sich bereit erklärten, 20 Prozent ihrer Einkünfte der örtlichen Stiftung *Tabung Kewangan Negeri* zur Verfügung zu stellen.<sup>13</sup> Nik Aziz kündigte an, dass er auf seinen Mietzuschuss von 3000 Ringgit pro Monat verzichten wolle, da er in seinem eigenen Haus wohne. Einschnitte wurden auch für die Ausgaben für Staatsban-

<sup>11</sup> Hj. Mohammad Daud, Hj. Wan Mohd. Jamil Wan Mahmood, Randi Abdul Halim, Status Kelantan Pasti Berubah, Kota Bharu: Urusetia Penerangan Kerajaan Negeri Kelantan, 2000, S. 119–120.

<sup>12</sup> Mahathir Mohamad, *Kebangkitan Semula Asia*, Subang Jaya: Pelanduk, 1999, S. 79–92.

<sup>13</sup> Mohammad Agus Yusoff, *Politik Kelantan Selepas Pilihanraya Umum 1990*, Bangi: ATMA, UKM, 1991, S. 103.

ketts gemacht, die, wie etwa am Ende des Fastenmonats, traditionell in grandiosem Stil begangen werden.

Durch die Ablehnung der verschwenderischen Empfänge, die die Regierung in Kuala Lumpur anlässlich des „Open House“ beging, signalisierte die PAS sowohl die Bedeutung des islamischen Prinzips der Mäßigung als auch ihre Kritik gegenüber traditionellen Elementen malaiischer Kultur, die sich die UMNO als wesentlicher Teil malaiischer Identität politisch zunutze machte. Die Schlichtheit eines nicht korrumpierten islamischen Führers, die im simplen Lebensstil Nik Aziz' zum Ausdruck kam, verschaffte der PAS die notwendige Glaubwürdigkeit bei ihrem Versuch, eine neue islamische Verwaltung aufzubauen.

Kurz danach kündigte die PAS Änderungen in ihrer Sozial- und Kulturpolitik an, die trotz der durch die Bundesverfassung auferlegten Beschränkungen die spezifisch islamische Natur ihres politischen Ansatzes unterstreichen sollte. Ein Leitfaden wurde veröffentlicht, in dem passende islamische Kleidung für Sportler vorgestellt wurde, um so einen „islamischen Sport“ zu schaffen. Die Fußballmannschaft von Kelantan wurde umgehend mit den neuen islamischen Trikots ausgestattet, die sich durch langärmelige Jacken und Hosen auszeichneten. Frauen wurde es untersagt, an den Koranlesewettbewerben in der Landeshauptstadt Kota Bahru teilzunehmen, da die Stimme der Frau ein Teil ihrer „aurat“ (Privatsphäre) sei, die in der Öffentlichkeit nicht zur Schau gestellt werden dürfe.<sup>14</sup>

Verglichen mit Mahathirs „islamischer Toilette“, die 1984 im Amt des Premierministers und im Putra World Trade Center in Kuala Lumpur installiert wurde, offenbarten die islamischen Initiativen der PAS große Ähnlichkeit mit denjenigen der UMNO und deren Islampolitik. Letztlich ging es beiden Seiten darum, den Islam zu einem Teil des öffentlichen Bewusstseins zu machen, um damit ihre jeweilige politische Legitimität zu stärken.

Die PAS etablierte auch eine islamische Stiftung, *Tabung Serambi Meka*, die Ähnlichkeiten mit der von Mahathir 1983 eröffneten Islamischen Bank (*Bank Islam*) aufwies, die nach islamischen Prinzipien funktioniert und beispielsweise das Zahlen von Zinsen verbietet, sie jedoch durch eine „Beteiligung“ ersetzt. Die Stiftung sammelte Spenden, um damit Entwicklungsprojekte auf dem Land zu finanzieren. Beide Institutionen haben auch eine kommerzielle Funktion, indem sie Gewinne auf Ersparnisse als so genannte „anteilige Beteiligungen“ ausschütteten, obwohl das genau genommen im Islam untersagt ist. Nik Aziz kündigte während der offiziellen Lancierung des Projekts an, dass die Stiftung der Öffentlichkeit die Möglichkeit

<sup>14</sup> Mohammad Agus Yusoff, op. cit., 1991, S. 106.

geben werde, festzustellen, wie ernst seine Partei es mit dem Wohl der Gesellschaft als ganzer nehme.<sup>15</sup> Die Kritik der PAS an der Wirtschaftspolitik der UMNO, die als Konsequenz der NEP (Neue Ökonomische Politik) die Zweiteilung der malaiischen Volksgruppe in eine zunehmend verarmte Unterschicht und eine mit Beziehungen ausgestattete Oberschicht – die „Neuen Malaien“ in der Privatwirtschaft – zur Folge hatte, datiert bis in die 1980er Jahre zurück. Trotz der Kritik der PAS an der Wirtschaftspolitik der UMNO konnte sie sich dennoch nicht der Notwendigkeit verschließen, dass auch sie den Grundprinzipien wirtschaftlichen Handelns, Investitionen und Gewinnen, unterworfen war.

Die Asienkrise der späten 1990er Jahre verschaffte der PAS zeitweise die Gelegenheit, die Schwächen der Wirtschaftspolitik Mahathirs aufzuzeigen, ohne jedoch wirklich gangbare Gegenentwürfe präsentieren zu können. Die Stagnation des Wirtschaftswachstums und der Umgang mit der Anwar-Affäre boten der PAS vor den Parlamentswahlen 1999 immerhin die Gelegenheit, für mehr Menschenrechte und politische Transparenz einzutreten.

Einige der Forderungen des *Barisan Alternatif*, wie etwa die Abschaffung des drakonischen Internal Security Act (ISA) machten erneut die Grenzen deutlich, innerhalb derer sich die Opposition bewegte: Gesetzesänderungen erfordern eine Mehrheit im Bundesparlament und können mit der Zweidrittelmehrheit der Regierung jederzeit abgelehnt werden.<sup>16</sup> Wie beispielsweise die Verschiebung der Einführung des koranischen Strafrechts in Kelantan auf unbestimmte Zeit zeigt, sind alle Initiativen der Opposition zum Scheitern verurteilt, sobald sie die Zustimmung der Regierung erfordern. Vielleicht sind es diese scheinbar unüberwindlichen Hindernisse, die die PAS-Regierung in Kelantan dazu veranlassten, auf Gebete als letzten Ausweg zurückzugreifen. Sie führte die so genannten *solat hajar*-Gebete als eines der Hauptelemente ihrer islamischen Administration ein, um damit alle möglichen politischen und sozialen Übel abzuwenden. Die *hajar*-Gebete, die breite Unterstützung genossen und an denen regelmäßig prominente Politiker der Landesregierung und tausende von Gläubigen in Kota Bharu teilnahmen, wurden während der Parteitage der UMNO 1993 und 1995, vor den Parlamentswahlen 1995, 1999 und 2004 und während zahlreicher anderer Anlässe abgehalten.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> Nik Aziz Nik Mat, Ansprache anlässlich des Majlis Perasmian Tabung Serambi Mekkah, Lundang, 6. April 1991, Kuala Lumpur: PAS, 1991.

<sup>16</sup> Manifesto Bersama Barisan Alternatif, Ke Arah Malaysia Yang Adil, Kuala Lumpur: Angkatan Edar Enterprise, 1999, S. 22–24.

<sup>17</sup> Dinsman (Hrsgb.), Sepuluh Tahun Membangun Bersama Islam, Kelantan di Bawah Pimpinan Ulamak, Kota Bharu: Pusat Kajian Strategik, 2000, S. 63–76.

Das politische Programm der PAS in Kelantan hat in den vergangenen Jahren nicht zu der von ihr erhofften tief greifenden Islamisierung geführt. Die Etablierung eines Entscheidungsgremiums auf oberster Parteiebene, des *Majlis Shura*, als ein Element islamischer Regierung hat weder etwas an der Struktur des Regierungsapparats geändert, noch hat es zur Einführung einer islamischen Verwaltung auf breiter Ebene beigetragen. Vielmehr benutzt die islamische Politik bestimmte Symbole und hat so täuschende Ähnlichkeit mit der Islampolitik der UMNO der 1980er und 90er Jahre. Die Aktivitäten der PAS in der Kulturpolitik stellen die Partei oft vor das Dilemma, ihrem eigenen Modell einer demokratischen Zivilgesellschaft nach den Prinzipien der islamischen *khilafat*, die gleiche Rechte für alle ethnischen Gruppen fordert, nicht gerecht werden zu können: Der Versuch der PAS, die Chinesen für sich zu gewinnen, indem sie die Ausübung ihrer Kultur und Traditionen respektierte, ist zum Beispiel als Diskriminierung gegenüber den Malaien ausgelegt worden, denen sie die Ausübung vorislamischer, hindu-buddhistischer Traditionen untersagte.

Obwohl die Fünftagewoche für Fabrikarbeiterinnen eingeführt wurde, ist die Frauenpolitik der PAS und ihre Bereitschaft, diesen gleiche Rechte innerhalb der Gesellschaft einzuräumen, meilenweit von den weitaus radikaleren Forderungen der Frauenrechtsgruppe *Sisters of Islam* entfernt. Während die PAS die *hudud*-Strafen als ein Instrument für inter-religiöse, inter-ethnische Solidarität propagiert, muss sie doch gleichzeitig den Nicht-Muslimen versichern, dass diese von den Strafen ausgenommen sein werden, um so deren Ängste vor einem islamischen Staat zu zerstreuen.

Der islamische Fundamentalismus in Malaysia ist weniger restriktiv als in einigen anderen islamischen Staaten, weil er sich der Verfassung unterzuordnen hat. Das Ziel der PAS, eine Gesellschaftsordnung basierend auf islamischen Prinzipien zu errichten, bleibt solange eine Fiktion, bis es der PAS und ihren Koalitionspartnern gelingt, den verfassungsrechtlichen Rahmen durch eine Zweidrittelmehrheit im Parlament in Kuala Lumpur zu ändern. Da es wenig wahrscheinlich ist, dass dies in absehbarer Zukunft der Fall sein wird, stellt die vorübergehende Abkehr der PAS vom „islamischen Staat“ zugunsten einer islamischen „Zivilgesellschaft“ nur die logische Konsequenz der Anerkennung politischer Tatsachen dar, die die PAS dazu zwingen, ihre Islampolitik in einer moderateren, abgemilderten Form zu präsentieren.

Auf lange Sicht gesehen wird das Entstehen eines Zwei-Koalitionen-Systems in Malaysia sicherlich vermehrten Druck auf die PAS ausüben, im Rahmen des politischen Wettbewerbs ihren islamischen Ansatz zu überdenken, sowohl um in Zukunft koalitionsfähig zu sein, als auch um nicht-muslimische Wähler anzusprechen. Da der Islam ein Eckpfeiler malaiischer Identität und ein wesentlicher Teil malaiischer Politik ist, wird ein zukünftiges

malaysisches Demokratiemodell in seinem Streben nach einer politischen Öffnung, sowie nach mehr politischer Transparenz und funktionierender parlamentarischer Kontrolle sicherlich seine enge Bindung zum Islam beibehalten. Dies könnte sich weniger als ein „alternatives Modell“ herausstellen, als vielmehr als eine Form asiatischer Demokratie, die sowohl westliche als auch östliche Werte miteinander vereinen wird – ein Ziel, das sowohl Mahathir, Anwar Ibrahim als auch die PAS mehrfach formuliert haben.

### Wirtschaftliche Auswirkungen

Kelantan verfolgt einen wirtschaftspolitischen Ansatz, der auf den islamischen Prinzipien des gemeinsamen Nutzens (*maslaha*), gleichen Chancen für alle, dem Vermeiden von Monopolen und dem Machtmonopol in den Händen weniger sowie auf einem Kapitalismus mit religiösen Werten beruht, der die negativen Folgen rapiden Wachstums vermeiden helfen soll. Eine der wichtigen Säulen der „islamischen Ökonomie“ ist die Überzeugung, dass Modernisierung eine Balance zwischen materiellen und nicht-materiellen Werten herstellen sollte, die ein „Wachstum ohne Grenzen“ ausschließt. In seiner Ansprache anlässlich der Vorstellung des Haushalts im Parlament von Kuala Lumpur skizzierte der damalige Vorsitzende der PAS, Hj. Fadzil Mohd. Noor, im Oktober 2001 die ökonomischen Perspektiven der PAS im Gegensatz zu denjenigen der UMNO.<sup>18</sup> Die PAS konzentriert sich auf die Förderung kleiner und mittelständischer Betriebe und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in lokalen Firmen, die ihre Gewinne möglichst in örtliche Entwicklungsprojekte investieren sollen. Sie tritt für die Begrenzung des Einflusses internationaler Konzerne und von Kapitalströmen ins Ausland ein, die sich negativ auf den lokalen Arbeitsmarkt auswirken, und lehnt die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen ab, die in Malaysia als Folge der Neuen Ökonomischen Politik zu einer ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung und zu engen Beziehungen zwischen Regierung und Privatwirtschaft beigetragen haben. Die Kritik der PAS richtet sich gegen die Folgen dieser Politik, deren ursprüngliches Ziel es gewesen war, den Lebensstandard der Malaien zu erhöhen und ihnen eine größere Mitwirkung im öffentlichen Leben, in Politik und Wirtschaft zu ermöglichen.

Nach der Auffassung der PAS hat der Erfolg der Neuen Malaien (*Melayu Baru*) in der Privatwirtschaft in erheblichem Maß zur ungerechten Verteilung des Wohlstands beigetragen, die einer Minderheit den Zugang zu

---

<sup>18</sup> Hj. Fadzil Mohd. Noor, op. cit., 2001.

politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen ermöglichte, welche der Mehrheit verwehrt blieb. Die PAS hat diese so genannte „3k-Ökonomie“ (*korupsi, kolusi* und *kroni*; Korruption, geheime Absprachen und Nepotismus) mehrfach als eine zu enge Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Interessen kritisiert, kurz gesagt, als Kapitalismus in seiner reinsten Form (*kapitalis totok*).<sup>19</sup>

Deshalb hat die PAS in Kelantan versucht, wirtschaftliches Wachstum zum wesentlichen Bestandteil der *civil society* (*mujtama'a al-madani*) und ihrer Kontrollmechanismen zu machen, die sie als Bestandteil eines allumfassenden islamischen Lebensstils begreift (*Islam syumul*). Um dies in der Praxis durchzusetzen, hat die PAS zwei Aufsichtsbehörden geschaffen, die *Perbadanan Iktisad Negeri Kelantan* (PKINK) und *Yayasan Kelantan Darulnaim* (YAKIN).<sup>20</sup> Diese Institutionen funktionieren als Teil der strategischen Wirtschaftsplanung der PAS so, wie sie 1990 dem Ökonomischen Planungskomitee der Regierung (*Majlis Perundangan Ekonomi Negara*) unterbreitet worden war. Da die PAS der Ansicht ist, dass eine islamische Regierung sich auf die Schriften des Koran und *hadith* zu stützen hat, bezieht sie sich auch in ihrer sozio-ökonomischen Politikauffassung auf diese Quellen. Die drei Hauptziele einer islamischen Regierung – religiöse Führung, die Verteilung von Almosen (*zakat*) und das Vermeiden von sündhaftem Handeln (*amar Maruf dan nahi Mungkar*) bilden einen Teil der Auffassung der PAS, dass das Individuum in der islamischen Gesellschaft eine besondere Verantwortung trägt, indem es durch persönlichen Ehrgeiz zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen und einer religiös motivierten Modernisierung beiträgt. Die PAS zitiert eine der fünf Säulen des Islam, das Geben von *zakat*, als einen Grund dafür, dass eine islamisch orientierte Regierung die Gewinne aus der Wirtschaft gerecht unter den Armen (*fakir*) zu verteilen habe, da nur die bevorzugte Behandlung sozial und wirtschaftlich benachteiligter Gruppen den Fortschritt der Gesellschaft als ganzer garantiert.

Der Vorbildcharakter einer Regierung, die sich selbst an den moralischen Standards des Koran misst und diese auch von der Bevölkerung erwartet, kann sich nur dann auf längere Zeit halten, wenn Machtmissbrauch, Korruption und autoritäre Praktiken vermieden werden. Da die PAS bisher nie die Regierung auf Bundesebene gestellt und nur einen weitgehend agrarisch geprägten, dünn besiedelten Bundesstaat ohne wesentliche industrielle Produktion regiert hat, ist es schwer zu sagen, ob es sich bei den politischen Prinzipien der Partei um mehr als islamische Rhetorik handelt. Ein sich auf

<sup>19</sup> Hj. Fadzil Mohd. Noor, op. cit., 2000, S. 16–17.

<sup>20</sup> Hj. Mohammad Daud, op. cit., 2000, S. 124.

den lokalen Markt stützendes Wirtschaftswachstum ist allerdings schon mehrfach als ein Argument angeführt worden, um gegen die gewinnorientierte Politik internationaler Konzerne anzugehen, und die Globalisierungskritik der PAS weist in diese Richtung. Die Verantwortung lokaler Politiker, wirtschaftliches Wachstum in ihren Kommunen zu fördern, steht in krassem Widerspruch zu den Strategien internationaler Firmen auf der Suche nach billigen Arbeitskräften und -märkten.

Die PAS hat sicherlich durch ihren Ruf nach alternativen Entwicklungsformen in Kelantan, das zu den ärmsten Bundesstaaten in Malaysia gehört, an Popularität gewonnen. Die Partei hat den Einfluss der Globalisierung auf lokale Märkte ebenso zurückgewiesen, wie den Abzug von Kapital von diesen Märkten, die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, Investitionen, die nicht der örtlichen Bevölkerung zugute kommen, die Rolle westlicher Konzerne in diesem Prozess usw. Um unausgewogenem wirtschaftlichem Wachstum vorzubeugen, vor allem dem von der PAS kritisierten *kroni*-Kapitalismus der UMNO, hat sie die Privatisierung der Wirtschaft den beiden Kontrollbehörden, PKINK und YAKIN unterstellt.

Bis in die späten 1990er Jahre hatte sich das Hauptaugenmerk der PAS auf Industrien gerichtet, die lokale Ressourcen ausbeuten. Da Kelantan reich an Bodenschätzen ist, aber keine Schwerindustrie besitzt, hatte sich die PAS vor allem auf Marmor und Granit, Zement und die Holzverarbeitende Industrie konzentriert und die entsprechenden Betriebe in Kelantan dazu ermuntert, in diesen Bereichen tätig zu werden, was der Landesregierung durch steigende Steuereinnahmen zugute kam. Währenddessen haben sich die Bau- und Entwicklungsprojekte der Bundesregierung eher auf die Verbesserung der Infrastruktur beschränkt, um die Diskrepanz zwischen Nord- und Süd-Kelantan in der Verkehrserschließung zu überwinden. Da sie Projekte des Bundes und damit ein Bestandteil des Achten Malaysischen Entwicklungsplans (*Rancangan Malaysia Kelapan*) sind, für die die Bundesbehörde für Entwicklung (Jabatan Pembangunan Persekutuan, JPP) zuständig ist, hat die PAS nur sehr begrenzten Einfluss auf deren Umsetzung. Ausschreibungen der Bundesregierung werden zum Beispiel vor allem an die Privatwirtschaft vergeben, die von der Bauindustrie beherrscht wird, daher hat die PAS kaum die Möglichkeit, Unternehmen den Zuschlag zu geben, die mit dem Prinzip des „geteilten Gewinns“ (*maslaha*) arbeiten.

Bundespolitisch gesehen sind es eher die vergleichsweise hohen Lohnkosten in Malaysia, die ausländische Firmen zur Auslagerung ihrer Produktion in Niedriglohnländer wie etwa Indonesien und Vietnam veranlassen, als die Islampolitik von UMNO und PAS, die zudem in erster Linie auf die einheimische – malaiische – Bevölkerung abzielt.

Die Reformen der PAS in der Landwirtschaft, in denen es auch um die gerechte Verteilung des Gewinns geht, sind da schon erfolgreicher. Die PAS hat mit Hilfe ihrer eigenen landwirtschaftlichen Kooperative, *Kumpulan Pertanian Kelantan Berhad* (KPKB), die ein Bestandteil der PKINK ist, ein System des „geteilten Gewinns“ zwischen Landesregierung und Landwirten geschaffen, das Letzteren den Zugang zu Erlösen aus dem Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, vor allem Reis, ermöglicht. Obwohl die Bundesregierung ähnliche Modelle etabliert hat, wie etwa das Programm von FELDA (Federal Land Development Authority), das vor allem auf die Bekämpfung ländlicher Armut zielt, ist doch gerade der Plantagensektor in der Vergangenheit zunehmend unter die Kontrolle großer *Bumiputera*-Konzerne wie *Guthrie*, *KL Kepong* und *Sime Darby* geraten. Der Hauptaktionär dieser Unternehmen ist die Regierung, die sie mit Hilfe der Treuhandgesellschaft *Pernodalan Nasional Berhad* (PNB) kontrolliert. Die Ausschüttung von Gewinnen an die Aktionäre ist durch die direkte Involvierung der PNB behindert worden, die *Bumiputera*-Unternehmen für eine Reinvestition der Dividenden auswählt. So hat sich ein Programm, das ursprünglich der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Malaien insgesamt dienen sollte, in ein Instrument der Gewinnerzeugung für die Privatwirtschaft verwandelt.

Die PAS hat damit begonnen, lokale und ausländische Firmen in die Vermarktung einheimischer landwirtschaftlicher Produkte miteinzubeziehen und die Beteiligung lokaler Landwirte an diesen Projekten sicherzustellen, die unter der Aufsicht der KPKB abgewickelt werden. Selbst wenn diese Programme nicht spezifisch islamisch sind, so haben sie doch zu dem Ziel der PAS, einer „sauberen Regierung“, beigetragen. Angesichts der Tatsache, dass vor allem die Stimmen der Malaien aus der unteren Mittelschicht und der Arbeiterschaft, den Hauptverlierern des malaysischen „Wirtschaftswunders“, zu den erdrutschartigen Verlusten der Nationalen Front bei den Wahlen im Jahr 1999 beigetragen haben, ist das Thema „gerechte Verteilung des Wohlstands“ sicherlich eminent politisch. Daher eröffnet die Wirtschaftspolitik der PAS zumindest eine Alternative für diejenigen, die von der sich erweiternden Kluft zwischen Arm und Reich in Malaysia unmittelbar betroffen sind.

## **Kulturelle und soziale Auswirkungen**

Im sozio-kulturellen Bereich wird der islamische Aspekt der Politik der PAS-Regierung in Kelantan wohl am deutlichsten und hier kommt sie ironischerweise auch ihrem politischen Gegner, der UMNO, am nächsten. Seit der islamischen „Renaissance“ der 1970er und 80er Jahre haben beide Parteien versucht, sich in islamischer Rhetorik zu überbieten, um die Unterstüt-

zung der malaiischen Wähler zu gewinnen. Die PAS räumte der Errichtung eines islamischen Staates schon damals besondere Bedeutung ein, doch angesichts der verfassungsrechtlichen und politischen Probleme im multi-ethnischen Malaysia wurden diese Pläne immer wieder auf Eis gelegt oder zu langfristigen Zielen erklärt, die nicht auf der aktuellen politischen Agenda standen.

Um das Ausmaß der Islamisierung der Öffentlichkeit besser einschätzen zu können, muss man sich jedoch vor Augen halten, dass religiöse Angelegenheiten allgemein unter die Zuständigkeit der Bundesstaaten fallen, die über einen gewissen Entscheidungsspielraum in der Implementierung religiöser Politik verfügen, solange diese nicht mit der Bundespolitik kollidiert. Daher könnten Schritte der PAS, wie der Versuch, 1993 das koranische *hudud*-Strafrecht einzuführen, als rein politische Manöver interpretiert werden, da von vornherein klar war, dass eine solche Gesetzesinitiative weder die Zustimmung der Bundesregierung noch der nicht-muslimischen Wähler finden würde.

Ende 1992 wurden alle Video- und Glückspielbetriebe in Kelantan, ab 1993 außerdem Nachtclubs und Bars geschlossen und keine neuen Lizenzen mehr vergeben, da diese Betriebe nach Ansicht der örtlichen Behörden den Alkoholkonsum, das nicht erlaubte heimliche Zusammensein zwischen (nicht verheirateten und nicht verwandten) Männern und Frauen (*khalwat*) und generell ein „ungesundes, schrankenloses Benehmen“ förderten.<sup>21</sup> Um dem *khalwat*-Strafbestand auch künftig vorzubeugen, wurden nach Geschlechtern getrennte Kassen in Supermärkten eingeführt. Die Lizenzen für Betriebe, die Alkohol ausschenken konnten, wurden von 30 im Jahr 1989 auf sechs im Jahr 2000 reduziert. Prostitution wurde völlig verboten und Gebäude, in denen diese mutmaßlich stattfand, wurden von den Behörden abgerissen.

Diese Schritte unterschieden sich jedoch nicht von denen der UMNO oder der von ihr geführten Landesregierungen. Vor allem nach den Wahlen 1999 hatte sich der Wettbewerb zwischen den beiden Parteien um den „wahren Islam“ noch einmal beschleunigt. Das liegt vor allem daran, dass der Erfolg der PAS in diesen Wahlen von der UMNO als Beweis für eine neuerliche Reislamisierung gewertet wurde, der es mit noch mehr Islam zu begegnen galt. Anstelle zu dem von Mahathir Anfang der 1980er propagierten Motto „sauber, effizient und verlässlich“ zurückzukehren, um damit den Vorwürfen der PAS wegen Korruption und Vetternwirtschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen, appellierte die UMNO erneut an die malaiische islamische Identität.

Um die Position des Islam zu stärken, hat die UMNO im südlichsten Bundesstaat Johor neue *shariah*-Gesetze erlassen, mit denen Prostitution, Sex vor der Ehe, Homosexualität oder Inzest mit Auspeitschen und Gefängnis be-

---

<sup>21</sup> Dinsmann, op. cit., 2000, S. 118–120.

straf werden können. Wahrscheinlich werden sich die Bundesstaaten Selangor, Kedah und die Bundeshauptstadt Kuala Lumpur mit ähnlichen Gesetzesinitiativen anschließen. Der nördliche Staat Perlis bemüht sich um eine neue „Islamic Faith Bill“, die es den *shariah*-Gerichten ermöglicht, „abweichlerische islamische Lehren“ zu verfolgen und Verurteilte für bis zu ein Jahr in „Rehabilitationszentren“ einzuweisen.

Der ethnische Faktor spielt in der Religionspolitik der PAS eine besondere Rolle. Die PAS hat verschiedentlich versucht, Nicht-Muslime, insbesondere Chinesen, von den Vorteilen eines islamischen Staates zu überzeugen und führte als Beispiel für die Wahrung der Minderheitenrechte immer die Kalifate der islamischen Frühzeit an. Tatsächlich war die PAS jedoch schon immer in erster Linie eine malaiische Partei, die sich nie durch einen multi-ethnischen Ansatz ausgezeichnet hat, selbst nicht in ihren Anfängen, als sie eine nationalistische Politik im Stil der UMNO verfolgte. Außerdem ist Kelantan ein hauptsächlich von Malaien bevölkerter Staat, der einen weit aus geringeren Anteil an Nicht-Malaien hat als etwa Selangor und Johor. Von daher ist es auch einfacher für die Regierung, Forderungen der chinesischen Minderheit (4,6%) nachzukommen. Auf verschiedenen Ebenen sind Chinesen als Repräsentanten der PAS-Regierung ernannt worden. Es ist daher schwer zu sagen, wie sich die PAS gegenüber den ethnischen Minderheiten verhalten würde, wenn sie tatsächlich die Regierung in Kuala Lumpur übernehmen würde, was wenig wahrscheinlich ist.

Nach dem Scheitern der multi-ethnischen *Barisan Alternatif*-Koalition im September 2001 versucht die PAS sich die aktive Unterstützung der konservativen Wählerschichten an der Ostküste zu sichern, was sie den chinesischen Wählern weiter entfremdet, die ihr Ziel einer „sauberen Regierung“ nach den Wahlen von 1999 noch unterstützt hatten, die aber keine Perspektive in einem von Malaien dominierten islamischen Staat sehen. Ihre massiven Verluste in den Parlamentswahlen im März 2004 machen deutlich, dass selbst unter ihren malaiischen Anhängern eine solche Politik keine Mehrheit mehr findet, wenn die Partei auch weiterhin ein substantielles Protestpotential zu mobilisieren vermag.

## Regierung in Terengganu

Terengganu war der letzte Bundesstaat, der nach den Wahlen im November 1999 von der PAS übernommen wurde. Nach vierjähriger Regierung fiel der Staat allerdings bereits im März 2004 wieder an die UMNO zurück, was erneut die grundlegenden Probleme deutlich machte, mit denen die PAS bei der Durchsetzung ihres Programms zu kämpfen hatte. Noch mehr als Kelantan hatte Terengganu der PAS als Testgelände für ihre islamische Politik

gedient, vor allem da die Provinz enorme Ölvorkommen besitzt. Die PAS und der ehrgeizige neue Ministerpräsident (*Menteri Besar*) Haji Abdul Hadi Awang hatten bereits 1999 die Einkünfte aus den Bodenschätzen fest für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeplant, die die Machbarkeit ihres islamischen Konzepts demonstrieren sollte.<sup>22</sup> Wenn diese Politik zu realisieren gewesen wäre, hätte die PAS ihre Vorwürfe an die UMNO, nämlich deren angebliche Vetternwirtschaft und ihre unausgewogene Wirtschaftspolitik, bekräftigen und mit einem praktikablem Gegenkonzept widerlegen können. Die PAS erhielt jedoch nicht die Gelegenheit dazu. Im Vergleich zu Kelantan ist das rohstoffreiche Terengganu von zu großem Interesse für die UMNO-geführte Bundesregierung um die Kontrolle von dessen Bodenschätzen so ohne Weiteres aufzugeben.

Weniger als ein Jahr nach der Machtübernahme der PAS stoppte die Bundesregierung die Auszahlung der Gewinnanteile aus dem Ölverkauf an Terengganu, die sie bis dahin durch den staatseigenen Petronas Ölkonzern vorgenommen hatte. Die Mittel, etwa 200 Millionen US\$ pro Jahr, wurden unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt und beraubten Terengganu damit etwa 80% seines jährlichen Haushaltsvolumens.<sup>23</sup> So verpufften für die PAS die Ambitionen wirtschaftlicher Reform und alternativen Wachstums praktisch über Nacht. In einer solchen Situation erregte die neue rigide Islampolitik der Partei besondere Aufmerksamkeit: Die Schließung von Bars und Nachtclubs, das Verbot des Glücksspiels und die Beschränkung sozialer Kontakte zwischen den Geschlechtern unterstrichen den fundamentalistischen Charakter der Partei und verstärkten öffentliche Bedenken hinsichtlich des von der PAS geplanten islamischen Staates. Eine unmittelbare Konsequenz dieser Politik war die Abwanderung chinesischen Kapitals.

Unter diesen Umständen schien das islamische Experiment der PAS selbst einem Vergleich mit dem *Wawasan Sihat*-Projekt der früheren UMNO-Landesregierung von Terengganu nicht mehr standhalten zu können. *Wawasan Sehat* (Gesunde Vision) hatte sich die Etablierung der „ersten islamischen Zivilgesellschaft weltweit“ zum Ziel gesetzt, die auf „rapidem industriellen Wachstum, einer sich selbst tragenden Wirtschaft, hoher Produktivität und einer niedrigen Armutsrate“ basieren und sich durch „ein Gleichgewicht zwischen menschlicher und physischer Entwicklung, zwischen den verschiedenen Wirtschaftssparten und zwischen Infrastruktur und Natur“ auszeichnen sollte.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Nasir Awang, *Masa Untuk Tok Guru Buktikan: PAS Mampu Mimpin Malaysia*, Kuala Lumpur: Penerbitan Muda, 2000, S. 25–32.

<sup>23</sup> Mahlon Meyer, *Stopped in its Tracks*, Newsweek, 30. Oktober 2000, S. 23–24.

<sup>24</sup> B. N. Ghosh, Muhammad Shukri Salleh (Hrsgb.), *Political Economy of Development in Malaysia*, Kuala Lumpur: Utusan Publications, 1999, S. 185–186.

Das Terengganu-Experiment der PAS offenbarte erneut das Scheitern ihres Versuchs, eine politische Alternative zur UMNO zu offerieren. Dies ließ der Partei nur den Ausweg, in islamische Rhetorik zurückzuverfallen. Obwohl die PAS-Administration versuchte, das Vertrauen chinesischer Geschäftsleute durch eine Aufhebung des Verbots von Schweinefarmen wiederherzustellen, hat ihre Politik der Schließung von Karaoke-Bars und der Einführung von nach Geschlechtern getrennten Ladenkassen die vor allem chinesische Geschäftswelt doch erheblich verunsichert. Kurz vor ihrer Abwahl führte die Landesregierung noch die koranischen *hudud*-Strafen ein<sup>25</sup>, obwohl es der PAS klar sein musste, dass diese wegen verfassungsrechtlicher Beschränkungen nicht durchzusetzen sein würden – eine Wiederholung der *hudud*-Initiative der PAS von 1992–92 mit gleichem Ausgang.

### Schluss: Nach den Parlamentswahlen 2004

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen im März 2004 bestätigten die geschwächte Position der PAS in den Ländern und auf Bundesebene: der Verlust von Terengganu und die knappe Verteidigung der Stimmenmehrheit in Kelantan demonstrierten erneut, dass ein Beharren auf dem Konzept des „islamischen Staates“ als praktisch einzigem politischen „Zugpferd“ im Programm der PAS die Partei nicht mehr mehrheitsfähig machen konnte.<sup>26</sup> Die Jahresversammlung der PAS (*Muktamar*) unterstrich diesen Eindruck: Der Versuch der Partei, nach den Ereignissen des 11. September eine konservative Stammwählerschaft an sich zu binden und damit das in Kelantan und Terengganu praktizierte islamische Modell auf Bundesebene mehrheitsfähig zu machen, war endgültig gescheitert.

Gerade auf Landesebene hat sich die regierende UMNO inzwischen mit einer Islampolitik etabliert, die konservative, von denen der PAS kaum zu unterscheidende Diskurse ebenso einschließt, wie modernisierende Elemente. Sie deckt damit ein Wählerspektrum ab, das die PAS bei weitem nicht mehr erreichen kann, zumal die PAS in vielerlei Hinsicht, sei es in verfassungsrechtlicher Hinsicht oder auf finanzpolitischem Gebiet, die Hände gebunden sind. Das sich ähnelnde islamische Programm der beiden großen malaiischen Parteien lässt viele Wähler auf das „Original“ – die UMNO – zurückgreifen,

<sup>25</sup> Mustafa Kamal Basri, *Hudud Bill Passed*, *The Star*, 9. Juli 2002, S. 1.

<sup>26</sup> In den Parlamentswahlen im März 2004 gewann die regierende Nationale Front (BN) auf Bundesebene erneut eine Zweidrittelmehrheit mit 198 Sitzen, die Opposition (PAS, DAP, Keadilan und Parti Rakyat Malaysia) gewannen zusammen 20 Sitze. In Terengganu büßte PAS ihre Mehrheit ein. BN gewann hier 28 Sitze, PAS 4 Sitze. In Kelantan konnte PAS ihre Mehrheit knapp behaupten: hier gewann BN 21 Sitze, PAS 24 Sitze; *The Star*, 24. März 2004, S. 10.

eine Wahl, die durch den neuen Premier Abdullah Badawi und seinen islamischen Hintergrund noch leichter gemacht wird.

Das islamische Projekt der PAS auf Bundesländerebene schrumpft damit auf den andauernden Konkurrenzkampf mit seinem politischen Gegner zusammen, in dem die oft widersprüchliche Rhetorik die jeweiligen strategischen Notwendigkeiten im Wettstreit um malaisische Wählerstimmen markiert. So gesehen, ist das „islamische Dogma“ und seine Stellung im Gesellschaftsmodell der PAS tatsächlich ein zu vernachlässigender Faktor in der Debatte um den „islamischen Gottesstaat“.

## 1. Einführung

In der gegenwärtigen Diskussion wird die Innovation als Zubehörmittel politischer Krisenbewältigung betrachtet. „Innovationsstrategien“, „Innovationsinstrumente“ und „Innovationsindikatoren“ sind überdies eher geringe Bedeutung. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, inwieweit Innovation, seine Verankerung, Ausdifferenzierung und Dynamisierung als Innovations betrachtet werden kann.

Die Verfasser gehen von der Annahme aus, dass die Verwirklichung eines Umweltschutzes, welcher der ergiebigsten Ausbeutung und Entwertung der Umweltressourcen Einhalt gebietet, als gesellschaftliche Innovation betrachtet werden kann und Neuerungen – technische, wirtschaftliche, gesellschaftliche oder kulturelle – durch Recht gesichert werden muss. Dabei ist Umweltschutz, vor allem in der Phase der nachhaltigen, regenerativen Umweltschutzes (das Nachhaltigkeits-Prinzip umsetzenden Umweltschutzes),<sup>1</sup> die innovative Dimension des Nachhaltigkeitsrechts wohl nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet, dass Nachhaltigkeit impliziert, dass die Zerstörung anthropogener Eingriffe in die Natur und Eingriffe in die Umweltressourcen (z. B. Wasser, Boden etc.) dem Zeitmaß der für die Regenerationsprozesse der Umwelt relevanten natürlichen Prozesse entspricht, die Zeitpläne von Natur und Recht also aufeinander abgestimmt werden.

Innovationen sind wesentliche Treibfedern der in Rio de Janeiro 1992 von der internationalen Staatengemeinschaft beschlossenen nachhaltigen Entwicklung. Die durch technische Neuerungen beförderte Entwicklung ist

<sup>1</sup> Beckmann, W.: Umweltschutz als Innovation? In: Umwelt und Raumrecht, 2004, S. 281 ff.  
<sup>2</sup> Wiese, G.: Anforderungen an Gesetzgebung, Natur und Recht, in: GAFA, NDS 3, 47 ff. (52).